

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19)

Sitzungstermin: Montag, 17.03.2014
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

Schulausschuss

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kaufmann, Nils
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina

für Benjamin Swieter

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Hegewald, Reinhard

(17:05 Uhr bis 18:53 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Eggerking, Ursula
Kalvelage, Arthur
Kruse, Ilona
Molthagen-de Beer, Insa
Passe, Heino

für Dietmar Seeck

Jugendhilfeausschuss

SPD-Fraktion

Grix, Helga
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

FDP-Fraktion Grundmandat

Hoofdmann, Erwin

für Ralf Fooken (bis 19:15 Uhr)

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jensen, Imke
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Ouedraogo, Abdou
Weber-Trappiel, Franziska
Wilts, Elfriede
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd

(ab 17:28 Uhr)

von der Verwaltung

Philipps, Egon
Ubben, Wolfgang
Szag, Elisabeth

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Voortmann, Klaus
Bleeker, Dirk
Berenstecher, Carsten
Hahnke, Anna
Harms, Helmut

Agentur für Arbeit
Industrie- und Handelskammer
Handwerkskammer
Landwirtschaftskammer
Landwirtschaftskammer

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule
Vorlage: 16/1197

Herr Renken begrüßt zu diesen beiden Tagesordnungspunkten Herrn Berenstecher, Handwerkskammer, Herrn Harms und Frau Hahnke, Landwirtschaftskammer, Herrn Bleeker, Industrie- und Handelskammer, sowie Herrn Voortmann von der Bundesagentur für Arbeit.

Herr Sprengelmeyer stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule am Standort Schule vor. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buisker stellt heraus, seiner Ansicht nach könne man es sich in Hinblick auf die demografische Entwicklung nicht leisten, noch länger zu warten. Die Schülerzahlen werden weiter heruntergehen, daher müsse jede Schülerin und jeder Schüler mitgenommen werden. Er fragt nach dem zeitlichen Konzept, wie man wirklich viel Geld in die Hand nehmen könne, um mittelfristig sehr viel Geld sparen zu können.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, er habe bereits in einer gemeinsamen Ausschusssitzung vorgestellt, dass es sich bei diesen Kostensteigerungen im Wesentlichen um Schulmietsteigerungen, Abschreibungen oder um Inbetriebnahmen neuer Kindertagesstätten handeln würde. Gerade bei diesem Punkt müsste man jetzt eigentlich sehen, wie die Schulen ein Stück weit gestaltet und effektiviert werden können, da im Grunde genommen täglich neue Anforderungen kämen. Es gehe darum, Standards zu entwickeln, um zu sehen, was man sich überhaupt leisten könne.

Frau Meinen bedankt sich für den umfangreichen Vortrag, der die Blickrichtung auf die ganzen Probleme in den Schulen aufzeige. Die aufeinander abgestimmten Maßnahmen müssten ihrer Ansicht nach weiterhin entwickelt werden. Es sei klar geworden, dass einige Schulen Integrationshelfer hätten. Es werde probiert, die ganze Klasse mit einer helfenden Person zu unterstützen. Hier müssten die Schule und die Jugendhilfe sehr zusammenrücken. Frau Meinen erinnert daran, dass zu Beginn vor 15 Jahren Schule und Jugendhilfe damit sehr viele Probleme gehabt hätten. Nun sei man soweit, dass es unabdingbar sei und man auch davon profitiere. Sie stellt heraus, dass die nachhaltigen Ziele wichtig seien. Es müsse früh mit der Zusammenarbeit aller Kindertagesstätten mit den Grundschulen begonnen werden, da dort die Kinder bekannt seien. Kein Kind dürfe auf der Strecke bleiben. Aber auch die Sportvereine sollten integriert werden, denn sie hätten durch die Ganztagschule das Problem, dass die Kinder nachmittags in den Schulen seien. Dort müsse ihrer Ansicht nach ganz eng miteinander zusammengearbeitet werden.

Herr Ouedraogo bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Darstellung der Herausforderungen für die Zukunft. Für ihn sei es erschreckend, dass eine Klasse von 15 Kindern mit acht Integrationshelfern arbeite. Er bittet um Auskunft, woran das gelegen habe. Weiter fragt er an, ob eine Verbesserung bezüglich der Probleme der Eltern, einen Ansprechpartner zu finden, gesehen werde.

Abschließend erkundigt er sich, ob für die Problematik im Bereich Migration und Integration Mittel berücksichtigt worden seien.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

Frau Lechner bedankt sich für den Vortrag. Da man in der kurzen Zeit dieses komplexe Thema nur anreißen könne, möchte sie den Bereich „MESEO“ besonders hervorheben. In Emden würden 57 Schülerinnen und Schüler durch „MESEO“ betreut. Das Konzept sei in erster Linie für die Grundschule und den Übergang Im Sek-I-Bereich ausgelegt worden. Wie es danach aussehen würde, sei nicht bekannt. Diese 57 Schülerinnen und Schüler würden bei MESEO für den mobilen Dienst aber nur 44 Stunden zur Verfügung stehen. Ihrer Ansicht nach sollte man in Zukunft ein Augenmerk darauflegen, wie es hier weitergehe. Sie fragt an, wie es mit dem mobilen Dienst für emotional soziale Entwicklung aussehen würde, den in Emden noch nicht vorhanden sei, und wer den entsprechenden Antrag stellen müsse.

Abschließend stellt Frau Lechner fest, dass in Niedersachsen momentan 1.000 Förderschullehrerstellen fehlen würden. Sie begrüße es, dass zukünftig die zweite Förderschullehrerausbildung in Aurich absolviert werden könne und somit vielleicht Förderschullehrer und -lehrerinnen auch in der Region bleiben würden.

Herr Grix stellt heraus, die genannten 40 Mio. € müssten zunächst einmal unterteilt werden in die tatsächlichen Kosten, die in Projekte oder in direkter Form bei den Kindern ankommen würden, und in Abschreibungen. Für ihn stelle sich auch die Frage, was Pflichtaufgaben seien, die tatsächlich unvermeidbar durchgeführt würden und wie hoch dort die Kosten seien. Danach müsse man schauen, wie diese Pflichtaufgaben gebündelt würden. Seiner Meinung nach müsste für den Bereich der sogenannten Pflichtaufgaben über die Einrichtung einer Clearingstelle nachgedacht werden. Nur so könne besser koordiniert werden, welche freiwilligen Leistungen notwendig seien.

Herr Dietz bedankt sich für den strukturierten Vortrag. Er bemerkt, das Jugendbüro „2. Chance“ würde sich jedoch nicht nur mit Schulschwänzern, sondern auch mit Schulverweigerern beschäftigen. Die Aussage, dass die Integrationshelfer ganzheitlich in der Klasse arbeiten müssten, würde seine volle Unterstützung finden. Es würde nicht viel bringen, wenn der Integrationshelfer neben einem Schüler sitze und nicht für die ganze Klasse zuständig sei. Es sei jedoch so, dass die Eltern die Anträge stellen müssten. Gut wäre es, wenn in schwierigen Klassen bereits ab der Grundschule präventiv Integrationshelfer den Lehrerinnen und Lehrern zur Seite stehen würden. Weiter erklärt Herr Dietz, die augenblickliche Praxis unter den Schulen sei sehr kontraproduktiv. Wenn Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen durchgeführt würden, würden Schüler zu anderen Schulen geschickt. Hat man nunmehr gerade eine Klasse in den Griff bekommen und könne gut arbeiten, kämen im Laufe des Schuljahres zwei oder drei neue Schülerinnen oder Schüler hinzu, würde dieses immer wieder das ganze System durcheinander bringen. Wenn man hier überlegen würde, was es für andere Möglichkeit gäbe, wäre das sicherlich sehr hilfreich.

Herr Hegewald erklärt, der Vortrag habe sehr anschaulich dargestellt, wie so eine Schule sich fülle. Er fragt an, ob es einen Vergleich mit anderen Städten bezüglich der Zahlen der Schulschwänzer und Integrationshelfer geben würde. Wenn dieses vorliegen würde, könnte man daraus die Schlüsse ziehen und sich fragen, warum man in Emden möglicherweise über oder unter dem Durchschnitt liegen würden. Daraus würde sich dann ein Handlungsbedarf ableiten lassen.

Frau Eggerking führt aus, als Elternvertreterin der Förderschule möchte sie in diesem Zusammenhang trotz Inklusion auch ein Plädoyer für die Förderschule halten, die vor wenigen Jahren für sehr viel Geld besonders für geistig behinderte Kinder eingerichtet worden sei. Rein rechtlich könnten Eltern eines schwerstbehinderten Kindes natürlich ihr Kind an einer Regelschule einschulen lassen. Doch wenn hier ein Pflegebett o. ä. noch dazukäme, sei dieses nicht nur ein höherer Kostenfaktor, sondern dann sei dieses Kind auf der Förderschule viel besser aufgehoben.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

Frau Weber-Trappiel erklärt, als Elternvertreterin der Kindertagesstätten fehle ihr im Rahmen des Konzeptes die verlässliche durchgehende Betreuung. Sie würde sich freuen, wenn dieses Konzept die Betreuung der Kinder wirklich ganzheitlich abdecke, sodass die Kinder nicht wöchentlich oder täglich von unterschiedlichen Personen betreut würden.

Weiter bemerkt sie, sie habe gehört, dass Integrationshelfer keine erzieherische bzw. pädagogische Ausbildung hätten. Ihrer Ansicht nach sei dieses jedoch sehr wichtig.

Herr Fooken bedankt sich für den sehr interessanten Vortrag. Auch seiner Meinung nach dürfe kein Kind verlorengehen, da jedes Kind vor dem demografischen Hintergrund sehr wichtig sei. Bezüglich der Finanzierung bedauert er, dass das von der Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld sinnlos verprasst werde. Viel sinnvoller könnte es in solche Projekte eingesetzt werden.

Herr Götze stellt heraus, in Emden würden 15 % der gesamten Schülerinnen und Schüler unter 15 Jahren von Hartz IV leben müssen. Wenn man dieses bedenke, dann könne man schon daraus ableiten, dass hier wesentlich mehr Handlungsbedarf bestehen würde als in vielen anderen Städten.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich für die regen Nachfragen. Sinn und Zweck der heutigen Veranstaltung sei es, in erster Linie darauf hinzuweisen, in welcher Situation man sich befinden würde. Hinsichtlich der Zahlen für Emden führt er aus, diese seien im Vergleich zu anderen Städten nicht exorbitant hoch. Im zweiten Teil seines Vortrages werde deutlich, dass es eine ganze andere Auswirkung im Vergleich zu anderen Städten habe, wenn in Emden jährlich 50 Jugendliche nicht in die Ausbildung integriert werden könnten. Herr Sprengelmeyer sagt eine Zusammenstellung der Zahlen zu. Dass die einzelnen Kennzahlen etwas miteinander zu tun hätten, sei auch über die integrierte Berichterstattung belegbar. In den Stadtteilen, wo es eine hohe Schulverweigerung geben würde, würde auch die Anzahl der Hilfen zur Erziehung entsprechend hoch seien. Von daher müsse man sich immer wieder mit dem Thema Prävention auseinandersetzen.

Bezüglich des Bereichs Integrationshelfer führt Herr Sprengelmeyer aus, wenn Eltern der Auffassung seien, ihr Kind benötige eine individuelle Begleitung in der Schule, dann würden die Eltern einen Antrag stellen. Dieses sei ein individueller Anspruch, der kaum zu steuern sei. Voraussetzung sei auch ein medizinisches psychiatrisches Gutachten, welches vom Jugendamt eingeholt werde. Das Jugendamt müsse feststellen, ob die gesellschaftliche Teilhabe dieses Kindes gefährdet sei und die Meinung dazu abgeben. Er stellt heraus, in Bezug zur Größe der Stadt Emden seien die Zahlen eher gering. Das würde auch daran liegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialen Dienstes seit Jahren hier eine sehr intensive Beratung durchführen würden.

Auf die Frage, ob Mittel für Migrationsprojekte vorhanden und was eigentlich die Pflichtaufgaben seien, antwortet Herr Sprengelmeyer, es sei nicht unbedingt eine kommunale Pflichtaufgabe, Migrationsprojekte an den Schulen durchzuführen. Wenn man jedoch die Schulen damit alleine lassen würde, hätte man in Emden damit ein größeres Problem. Im Rahmen dieser Projekte könnte zurzeit einiges finanziert werden. Auf die Frage bezüglich „MESEO“ antwortet Herr Sprengelmeyer, es habe Gespräche mit der Förderschule gegeben, inwieweit „MESEO“ ausgebaut werden könne. Aber auch das müsse natürlich finanziert werden. Wenn man so etwas mache, sollte man schon eine ungefähre Vorstellung davon haben, ob es möglicherweise an der einen oder anderen Stelle zu Einsparungen komme.

Herr Sprengelmeyer bezieht sich auf die gemeinsame Ausschusssitzung, in der er in Einzelheiten die Kostensteigerungen im Bereich 600 sehr deutlich gemacht habe. Hinsichtlich der Qualität der Integrationshelfer bemerkt er, es sei richtig, dass diese sehr unterschiedlich sei, da die

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

Stadt Emden auch nicht immer Einfluss darauf habe. Es handele sich um einen individuellen Antrag und die freien Träger würden sehr unterschiedliche Menschen einsetzen. Er könne eigentlich sagen, dass die freien Träger immer versuchen würden, qualitativ gute Leute einzusetzen.

Weiter führt er aus, den Bereich „Verlässliche Betreuung und Horte“ habe er kurz in seinem Vortrag angesprochen. Es handele sich um ein Kernthema, das in allen Standorten auflaufe, wo Ganztagschulen mit einer verlässlichen Betreuung vorhanden seien. Seiner Meinung sei es komplett richtig, dass es hier eine verlässliche Betreuung geben müsse. Auch die Akteure müssten für die Schülerinnen und Schüler überschaubar bleiben, denn eine kontinuierliche Beziehungsgestaltung sei für die Entwicklung der Kinder ganz wichtig.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Übergang Schule Beruf
Vorlage: 16/1198

Herr Sprengelmeyer stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Übergang Schule – Beruf und insbesondere die Ausbildungssituation dar. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Renken bittet Herrn Voortmann von der Bundesagentur für Arbeit um seine Ausführungen.

Herr Voortmann stellt sich zunächst vor und erläutert anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation den Ausbildungsmarkt in der Stadt Emden. Diese Präsentation ist ebenfalls im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Renken bittet Herrn Bleeker von der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg um seinen Beitrag.

Herr Bleeker stellt sich ebenfalls vor und erläutert die Einschätzung zum Arbeitsmarkt und zur Ausbildungssituation aus Sicht der IHK.

Herr Renken bittet dann Herrn Berenstecher von der Handwerkskammer um seinen Vortrag.

Herr Berenstecher erläutert die Daten und Einschätzungen der Handwerkskammer.

Herr Renken bittet Frau Hahnke und Herrn Harms von der Landwirtschaftskammer um ihre Ausführungen.

Herr Harms und **Frau Hahnke** stellen sich zunächst vor und gehen dann auf die Entwicklung der Ausbildungszahlen im Beruf Landwirt/Landwirtin und Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin ein.

Herr Sprengelmeyer gibt anschließend einen Blick auf die Qualifizierung, Förderung und Betreuung der jungen Menschen, die zunächst nicht in die Ausbildung gehen würden, sondern qualifiziert und betreut werden müssten und stellt die entsprechenden Bereiche vor.

Herr Renken bedankt sich für die Vorträge und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götze stellt heraus, inzwischen würde es bundesweit viele Projekte geben, mit denen man sich auseinandersetzen müsse. Allgemein sei festzustellen, dass der Ausbildungsmarkt zunehmend gespalten bleibe. Die demografische Entwicklung habe zwar für eine leichte Entspannung

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

gesorgt, aber überwiegend für Menschen mit einem guten Schulabschluss. Die anderen hätten immer noch wenige Chancen, überhaupt in den Beruf zu kommen. Auch sei Jugendarbeitslosigkeit noch vorhanden, da der Übergang von der Schule in den Beruf nicht gelingen würde. Jedoch würden immer mehr Betriebe erkennen, dass die demografische Entwicklung zuschlage und deshalb bereit seien, auch leistungsschwache Schülerinnen und Schüler einzustellen.

Herr Götze führt weiter aus, in Emden würden dringend verbesserte Konzepte benötigt, da sich die Arbeitslosigkeit von erwerbsfähigen Jugendlichen mit multiplen Vermittlungshemmnissen und komplexen Problemlagen in 2013 gegenüber dem Vorjahr von 133 auf 164 erhöht habe. Das Entscheidende sei eigentlich, dass die Problemlagen der Jugendlichen im Schulalltag gegenwärtig und auch sehr frühzeitig bekannt seien. Damit diese Jugendlichen nicht verlorengelassen würden, sei es dringend geboten, dass jeder Schulabgänger zu einem möglichst frühen Zeitpunkt noch während der Schulzeit ein verbindliches Angebot für Entwicklungsmöglichkeiten in einem Beruf oder eine weiterführende Schule erhalte. Die heutige Gesellschaft könne es sich nicht mehr erlauben, auch nur einen Jugendlichen zu verlieren.

Herr Mecklenburg erklärt, es zeige sich hier eigentlich ziemlich deutlich, wie richtig es vor Jahren gewesen sei, in der kommunalen Landschaft Jugend und Schule zusammenzubringen. In dem Bericht, wer sich alles um Jugendliche kümmere, die mit besonderen Schwierigkeiten oder auch ohne Abschluss die Schule verlasse, habe er eigentlich die Volkshochschule vermisst. Auch dort seien relativ viele Jugendlichen an einen Schulabschluss herangeführt worden.

Er stellt heraus, die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die ohne Abschluss die Schule verlassen würden, müsse für alle ein Appell sein, sich ganz intensiv zu kümmern. Dieses könne nicht erst in der Schule anfangen, sondern müsse weitaus früher geschehen. Daher sei die Gesamtsicht von der Schwangerschaft bis hin zur Integration in einen Beruf so wichtig. Bundesweit würden 8 % der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen. Seiner Ansicht nach sei das ein absoluter Skandal. Durch die Demografie würde inzwischen jeder merken, dass man sich das nicht mehr leisten könne. Darum müsse alles dafür getan werden, dass alle einen Schulabschluss bekämen. Dieses sei die Grundlage für eine erfolgreiche Berufsausbildung.

Herr Ohling fragt an, wie viele Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen würden, eine anerkannte Lernschwäche hätten, sodass sie eine theoriereduzierte Ausbildung machen könnten.

Herr Voortmann führt aus, dieses sei immer eine individuelle Entscheidung des Reha-Beraters. Dazu würde es einen berufspsychologischen Service geben, der ein entsprechendes Gutachten machen würde. Mit Hilfe dieses Gutachten und den geführten Gesprächen forme man sich ein Bild und entscheide entsprechend.

Herr Bleeker weist darauf hin, dass in Emden zwölf Ausbildungsplätze mit den Fachpraktikern in sozialen Einrichtungen besetzt würden, die aus dieser Klientel kämen.

Herr Buisker fragt an, wie Ausbildungsbetriebe, die einige Jahre nicht ausgebildet hätten, regelmäßig angesprochen würden, dass es solche Möglichkeiten geben würde und wer dieses koordiniere.

Herr Voortmann erklärt, freie Ausbildungsstellen müssten nicht bei der Agentur gemeldet werden, er könne es aber nur dringend raten. Die Agentur habe auch die Jobbörse, auf die die Bewerber zurückgreifen könnten. Diese sei das größte Portal in Deutschland. Zudem habe die Agentur einen Arbeitgeberservice, der auch für die Beratung verantwortlich sei. Auch trete man bei speziellen Fragen z. B. mit der Landwirtschaftskammer in Kontakt. Insofern sei der Arbeitgeberservice der Agentur vor Ort immer der richtige Ansprechpartner.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses (Nr. 16) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 19) am 17.03.2014

Herr Harms ergänzt, die Berufsberater der Landwirtschaftskammer in Aurich würde sich regelmäßig mit den Beratern der Agentur für Arbeit treffen. Obwohl die Berufsberater häufig wechseln würden, laufe die Zusammenarbeit mit der Agentur gut. In diesem Zusammenhang wolle er auf die Ausbildungslandkarte der Ausbildungsbetriebe in den „Grünen Berufen“ auf Seiten der Landwirtschaftskammer hinweisen, auf der alle aktiven Ausbildungsbetriebe aufgeführt seien.

Herr Bleeker ergänzt, erster Ansprechpartner sei natürlich die Agentur für Arbeit, aber auch ausbildungsinteressierte Unternehmen würden an die Kammern herantreten, die Ausbildungsberater hätten und immer im engen Austausch mit der Agentur für Arbeit stehen würden.

Herr Sprengelmeyer bezieht sich auf die Frage von Herrn Mecklenburg, was mit der VHS sei. Die freien Träger seien nicht explizit benannt worden und würden von der Agentur und dem Jobcenter mit verschiedenen Maßnahmen beauftragt werden.

Frau Hahnke bemerkt, die Maßnahmen würden von der Arbeitsagentur ausgeschrieben und die Träger könnten sich darauf bewerben. Nicht jeder Träger würde sich darauf bewerben. Die VHS in Emden habe sich auf die Fachpraktiker Hauswirtschaft beworben.

Herr Renken bedankt sich bei den Vertretern der Kammern und der Bundesagentur für ihre interessanten Beiträge. Da man es sich nicht mehr leisten können, irgendjemanden auf seinem Weg durch Schule und Beruf zurückzulassen, werde man sich in den folgenden Jahren mit diesem Thema noch weiter beschäftigen müssen.

Herr Bornemann schließt sich den Worten von Herrn Renken an. Ein Leitmotiv seiner Amtszeit sei genau diese Aussage, dass niemand zurückgelassen werden dürfe. Er bedankt sich bei den Vertretern der IHK, der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer und der Agentur für Arbeit für die Vorträge. Sein besonderer Dank geht an Herrn Sprengelmeyer für seine Ausführungen. Abschließend stellt er heraus, dass dieses ein ganz wichtiger Tag gewesen sei, sei an der interessierten Diskussion deutlich geworden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Herr Buisker fragt an, wann sich der Arbeitskreis Schulentwicklungsplan das nächste Mal treffen würde.

Herr Sprengelmeyer sagt ein Treffen zwischen den Oster- und den Sommerferien zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.